

PRESSEINFORMATION

**Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied**

Bearbeiterin
Christiane Conzen

E christiane.conzen@staedtetag-bw.de
T 0711 22921-48
F 0711 22921-42

Az 047.43 - P 258/2016 · Co/Be

10.08.2016

Drei Monate grün-schwarzer Koalitionsvertrag Erstes Zwischenfazit aus Sicht des Städtetags Baden- Württemberg

Stuttgart.

Die grün-schwarze Landesregierung ist fast 100 Tage im Amt und muss sich einer ersten Bewertung stellen. "In den Gesprächen reklamieren die Mitglieder der neuen Koalition für sich eine besonders kommunalfreundliche Haltung", berichtet Oberbürgermeisterin Barbara Bosch, Präsidentin des Städtetags Baden-Württemberg. "An diesem Anspruch muss sich die Regierung messen lassen, und zwar über den Koalitionsvertrag hinaus. Nebenabreden zum Koalitionsvertrag machen ihn nicht unbedingt glaubwürdiger, zeigen aber immerhin, welchen Stellenwert die vertraglich vereinbarten Schwerpunkte haben sollen."

Kommunen und Beamte sehen sich derzeit als die vorrangigen Adressaten der Einsparbemühungen der neuen Landesregierung. 430 Millionen Euro sollen sie zum Einsparziel des Landes beitragen, ein Drittel der Ausgaben, die durch Nebenabreden zum Koalitionsvertrag als Mehrausgaben unter keinem Haushaltsvorbehalt stehen. „Das Land kann nicht kommunale Sparbeiträge verlangen und hinten herum dieses Geld für andere Zwecke ausgeben, jedenfalls nicht mit dem Städtetag“, so Barbara Bosch.

Seit langem fordert der Städtetag, die Integrationskosten für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen zu erstatten. Der Städtetag erwartet daher nun endlich die versprochene Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration: „Vor der Wahl hatte es noch die Zusage für einen Pakt für Integration gegeben – leider liegen noch immer keine inhaltlichen Eckpunkte vor.“

– „Die vom Land zugesagte Verlängerung der Finanzierung von kommunalen Integrationsbeauftragten muss verstetigt werden, um in den Städten Planungssicherheit zu haben“, unterstrich Barbara Bosch. Dies könne überdies nur ein Teil des Bedarfs abdecken. Insbesondere für die Aufnahme der Flüchtlingskinder in den Kindertagesstätten fehle es an Kapazitäten.

– Ein weiteres wichtiges Themenfeld, in dem dringend konkrete und verlässliche Zusagen und Maßnahmen vonnöten sind, ist der Wohnungsbau. Positiv sieht der Städtetag, dass in den Nebenabreden zum Koalitionsvertrag ein erhöhtes Fördervolumen von 250 Millionen Euro für die Wohnraumförderung vorgesehen ist, mahnt aber verbesserte Rahmenbedingungen an: „Vorschläge für eine effiziente Zuschussförderung und vereinfachte Verfahren für die Ausweisung von Flächen haben wir in unserem Eckpunktepapier für ein Wohnbaubeschleunigungsgesetz bereits gemacht“, sagte Präsidentin Bosch: „Wir müssen die öffentliche soziale Wohnbauförderung neu aktivieren und wir brauchen neue Anreize für private Investoren, um sich als Bauherren zu engagieren.“ Auch an einer vereinfachten Flächenausweisung müsse gearbeitet werden. Die weiteren Verhandlungen werden zeigen, ob die bisher noch vagen Zusagen des neu zuständigen Wirtschaftsministeriums geeignet sind, die Lage am Wohnungsmarkt zu verbessern.

– „Enttäuschend“ nannte der Städtetag die Tatsache, dass es kein eigenes Förderprogramm für die Schulbausanierung gebe - bei einem Sanierungsstau von 3 Milliarden Euro: „Die

ständig steigenden Anforderungen an Brandschutz und Energieeinsparung haben nicht die Kommunen zu verantworten, deshalb können sie die auch nicht alleine finanzieren. Aber leider sehen wir in der Sache keine Bewegung", bedauerte Gudrun Heute-Bluhm, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg.

Positiv sieht sie beim Thema Schulen den angekündigten Ganztagsgipfel, um den Ausbau der Ganztagsschule voran zu bringen. "Es wäre außerdem schön, wenn wir auch bald noch zu unbürokratischeren Finanzierungsformen bei den Grundschulen kommen würden."

Das Augenmerk des Städtetags lag auch auf der Verkehrsfinanzierung. Dass Schienenfahrzeuge nun wieder finanziert werden, wird positiv aufgenommen. Ein Minus gab es allerdings, weil Sanierung und Neubau der Schieneninfrastruktur nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Beim Thema Digitalisierung sehe sie konkrete Ansätze, sagt Gudrun Heute-Bluhm, "nun hoffen wir auf die Unterstützung des Innenministeriums für die Fusion der kommunalen Rechenzentren und eine gute Kooperation beim Aufbau neuer Serviceportale, um den Bürgerinnen und Bürgern schnellen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen anbieten zu können." Der Städtetag bietet der Landesregierung an, aktiv an der Verwirklichung von digital@bw mitzuarbeiten und wünscht sich hierzu ein gemeinsam mit den Kommunen erarbeitetes Aktionsprogramm.